

Die Rote Mappe 1967

des Niedersächsischen Heimatbundes

**Rückblick und Ausblick,
vorgetragen durch den Vorsitzenden, Dr. Herbert Röhrig, Hannover,
auf dem 48. Niedersachsntag in Lüneburg
in der Festversammlung am Montag, 9. Oktober 1967.**

Herr Ministerpräsident!
Herr Landtagspräsident!
Meine Damen und Herren!
Liebe Jugend!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu können, besonders auch
den Herrn Kultusminister,
den Herrn Minister für Bundesangelegenheiten,
den Herrn Innenminister,
den Herrn Justizminister,
die Herren Staatssekretäre,
die Herren Regierungspräsidenten,
den Herrn Berghauptmann,
den Herrn Präsidenten der Klosterkammer
und den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg.

Im Fürstensaal des ehrwürdigen Lüneburger Rathauses hat vor 11 Jahren schon einmal die Festversammlung eines Niedersachsentages stattgefunden. Damals feierte diese Stadt ihr tausendjähriges Bestehen und erinnerte in einer dazu geprägten Medaille an die drei Gegebenheiten, denen sie ihre Gründung verdankt:

Mons – pons – fons
Berg, Brücke und Quelle

Der lateinische Dreiklang bewegt uns heute wie damals, wenn wir an die besondere Eigenart dieser hochberühmten Stadt und ihrer Wurzeln denken: jenen merkwürdigen Kalkberg mitten im sandigen Lande, der zur Ansiedlung und zum Bau einer Burg geradezu herausforderte, die Brücke über die Ilmenau als bindendes Glied eines wichtigen Handelsweges zwischen West und Ost und schließlich die Salzquelle, die Lüneburgs Reichtum begründete. „De Sulte, dat is Luneborch“, dieser Ausspruch galt viele Jahrhunderte hin-

**Nach elf Jahren
wieder an gleicher Stelle**

Mons – pons – fons

durch.

Wir sind gern in diese Stadt gekommen, die eine so ausgeprägte Eigenart besitzt, deren Bürger sich ihrer auch heute noch so lebhaft bewußt sind und sich so sehr bemühen, Stadtbild und geistiges Leben zu pflegen und sinnvoll zu entwickeln. Gerade für einen Heimatbund kann es kaum einen schöneren Rahmen seiner Jahrestagung geben, und wir danken noch einmal dem Rat und der Verwaltung der Stadt, dem Naturwissenschaftlichen und dem Museumsverein sowie unseren vielen Lüneburger Freunden herzlich dafür, daß sie uns eingeladen haben.

Wenn wir nun nach 11 Jahren zum damaligen Ort unserer Tagung zurückkehren, so schließt sich ein Kreis, und es ist wohl sinnvoll, ein paar Gedanken daran zu wenden.

Bedenken wir zunächst die handelnden Personen, so dürfen wir die Augen nicht davor verschließen, daß viele von denen, die damals bei uns waren, in die ewige Heimat eingegangen sind, und daß andere durch Alter und Krankheit daran gehindert werden, heute wieder unter uns zu weilen. Wir erinnern uns ihrer aller mit Herzlichkeit, aber wir freuen uns doch auch über die Tatsache, daß unser Mitarbeiterkreis in diesen 11 Jahren nicht kleiner, sondern im Gegenteil wesentlich größer geworden ist; es wurde schon die Befürchtung geäußert, ob nicht etwa unser Beirat über ein vernünftiges Maß hinaus gewachsen sei.

Die Ziele, denen sich unsere Väter und denen auch wir uns verschrieben haben, werden also auch von jüngeren Kräften getragen, und wir haben berechtigte Hoffnung, daß es in Zukunft dabei bleiben wird. Selbstverständlich können wir uns hinsichtlich des Lebensalters unserer tätigen Freunde nicht mit einem Sportverein messen, aber das kann sicherlich auch kein Parlament, keine politische Partei und keine Vereinigung mit geistiger Zielsetzung. Jedes Lebensalter hat eben seine besonderen Vorstellungen, Neigungen und Möglichkeiten, und irgendwann wird glücklicherweise immer wieder bei vielen verantwortungsbewußten Menschen die Heimatpflege zum bestimmenden Element ihres Denkens und Handelns. Um den Nachwuchs ist uns also durchaus nicht bange.

Wir empfinden aber einigen Stolz über die Stetigkeit in den Reihen unserer Amtsträger. Ist jemand einmal von der Heimatpflege gepackt worden und hat er sie als ein Stück Lebensaufgabe empfunden, so läßt er nicht wieder davon ab und duldet es gern, wenn seine Freunde ihn durch Wahlen in Ämtern bestätigen, die sie ihm vertrauensvoll übertragen haben. Vergleichen wir unter diesem Gesichtspunkt die Liste unseres Vorstandes und Beirats aus dem Jahre 1956 mit der heutigen, so stellen wir fest, daß viele Namen über diese 11 Jahre hinweg dieselben geblieben sind. Wie oft haben demgegenüber unsere Partner auf der politischen Seite gewechselt, in den Gemeinden, den Kreisen, den Bezirken und dem Lande! Theodor Heuss hatte doch wohl recht, wenn er von den Heimatbünden sagte: „Hier wird das Währende gepflegt.“

In diesen 11 Jahren sind wir nun mit unserer Tagung durch das Land Niedersachsen gezogen; unsere Stationen waren die Städte Bückeburg, Alfeld, Nordhorn, Helmstedt, Hannover, Osnabrück, Wilhelmshaven, Wolfsburg, Hildesheim, Bremerhaven. Die ganze Vielfalt des Landes wurde uns durch diese Tagungen zum Erlebnis, von den Bergen im Süden bis zur Küste im Norden, von der freundlichen Grenze im Westen bis zur schmerzlichen Abschnürung im Osten. Drei Ministerpräsidenten durften wir begrüßen und ihnen für ihre Ansprachen danken; zwei Kultusminister waren uns verehrte Gäste, der heutige ist zu unserer Freude derselbe wie vor 11 Jahren hier an gleicher Stelle.

1960 in Helmstedt haben wir eine Neuerung eingeführt, die sich in einem von uns selbst nicht erwarteten Maße bewährt hat, nämlich die „Rote Mappe“. In steigendem Umfang hat sie sich Ansehen erworben, wie es sich deutlich erweist, namentlich bei den staatlichen und kommunalen Stellen von den Ministerien in Hannover bis zur kleinsten entlegenen Amtsstube. Man bemüht sich, mit Lob und Anerkennung in der Roten Mappe erwähnt zu werden, und ist gekränkt, wenn das nicht erwartungsgemäß geschieht; der Tadel und die Anklagen der Roten Mappe werden ernst genommen und führen zu deutlich erkennbaren Folgerungen. Die schärfsten Kritiker eines jeden Wortes, das wir hier verlautbaren, versuchen wir selbst zu sein; nur die Verantwortung gegenüber dem Ganzen soll uns bestimmen

**Mitarbeiterkreis
größer geworden**

**Um den Nachwuchs
ist uns nicht bange**

**Stetigkeit in den Reihen
unserer Amtsträger**

Orte der Niedersachsentage

Die Rote Mappe

und leiten, die Interessen einzelner Personen und Gruppen haben demgegenüber zurückzutreten. Diese Zielsetzung wird immer wieder überprüft vom Vorstand, dem Beirat und der Hauptversammlung, nach deren Billigung die Rote Mappe als offizielle Verlautbarung der Heimatbewegung im Lande Niedersachsen betrachtet werden darf.

Man hat übrigens gefragt, wie es komme, daß bei den Niedersachsentagen nicht viele Tausende von Menschen erschienen, sondern nur eine wesentlich kleinere Zahl. Damit wurde die Bemerkung verbunden, wir seien offenbar Offiziere ohne Armee. Tatsächlich liegen die Dinge aber ganz anders: Die großen Zahlen der Heimatfreunde finden sich zusammen, wenn enger begrenzte Räume dazu auffordern. Der „Olle Mai“ der Ostfriesen, die Klootschießer-Wettkämpfe der Oldenburger, das Marienbergfest der Calenberger, das Polsterbergtreffen der Harzer, um nur einige zu nennen, pflegen große Menschenmengen zu vereinen und ihnen Gelegenheit zu bieten, sich in mancherlei Art ihrer Heimat zu freuen. Demgegenüber versammeln sich bei den Niedersachsentagen tatsächlich im wesentlichen nur solche Vertreter des Heimatgedankens, die in irgendeiner Weise aktiv mitwirken und sich das zu einer Aufgabe gemacht haben. Sie sind Delegierte von Vereinen, Verbänden, Städten, Landkreisen und Körperschaften öffentlichen Rechts, die hier zu einer Art Parlament der niedersächsischen Heimatpflege zusammentreten. Wir halten es für sinnvoll, diesen Kreis einmal jährlich zu versammeln und ihm die Möglichkeit zu geben, die ganze niedersächsische Heimatbewegung in klarer, durchdachter Form zu erörtern, sie nach außen bis zur Spitze des Staates zu vertreten, im übrigen aber alte Freundschaften zu erneuern, neue zu schließen und sich dadurch gegenseitig zu stärken in der oft so schwierigen Arbeit.

Für den Nachwuchs unter den Jugendlichen sorgen wir jedes Jahr immer wieder durch zwei Jugendlehrgänge, einen in Verbindung mit dem Niedersachsentag, einen anderen in der Zwischenzeit, stets in verschiedenen Gegenden. Mehrere tausend junge Menschen sind durch diese Lehrgänge gegangen und dadurch, wie wir hoffen, nachhaltig mit dem Serum der Heimatliebe und -pflege geimpft worden. Bei vielen von diesen wird der Erfolg wohl erst in einem späteren Lebensalter eintreten, aber eine ganze Reihe ist doch schon jetzt in Stellungen, von denen aus sie uns aktiv helfen können und das erfreulicherweise auch tun. Wenn nachher ein besonderes Vorkommnis aus dem Kreise Burgdorf zur Sprache gebracht wird, so geschieht das auf Anregung eines dieser früheren Teilnehmer an unseren Lehrgängen, der jetzt dort als Tierarzt wirkt. Unserem Freunde Rektor Burghard, Hankensbüttel, ist herzlich dafür zu danken, daß er sich nun schon so lange mit Geschick, Klugheit und Tatkraft der schwierigen Aufgabe widmet, die Lehrgänge zu leiten.

Wenn wir dann wieder wie üblich auf unsere Freuden und Leiden des letzten Jahres eingehen dürfen, so müssen wir zunächst ein Ereignis erwähnen, das für alle unsere Bestrebungen von entscheidender Bedeutung ist, nämlich das Niedersächsische Gesetz über Raumordnung und Landesplanung vom 30. März 1966. Dieses Gesetz gibt dem Staat das Recht zu tiefen Eingriffen in die gesamte Struktur des Landes, und es wird nun ganz darauf ankommen, ob diese Eingriffe nur von nüchternen Zweckmäßigkeitserwägungen ausgehen oder ob auch andere Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Eine Enttäuschung war es zunächst für uns, daß im Gesetz trotz unserer Bitten für die Landesplanungsbeiräte beim Innenminister und den Regierungspräsidenten kein Vertreter der Heimatpflege vorgesehen ist. In der Praxis hat sich eine solche Vertretung offenbar aber als selbstverständlich und unvermeidlich gezeigt; wir haben uns die Listen der verschiedenen Beiratsmitglieder sehr genau angesehen und erfreut festgestellt, daß wir durch Männer unserer Art in jedem Beirat vertreten sind, in verschiedenen Fällen sogar mehrfach. Wir vertrauen darauf, daß auch in Zukunft die Logik der Zwangsläufigkeit wirksam werden wird, und daß immer Vertreter der Heimatpflege in den Beiräten mitwirken können.

Kaum zu trennen von Raumordnung und Landesplanung sind Verwaltungs- und Gebietsreform, mit der sich vor allem die Sachverständigenkommission unter Vorsitz des auch von uns geschätzten Professors Werner Weber befaßt. Hierzu haben wir nach zwei Richtungen etwas zu sagen:

Parlament der niedersächsischen Heimatpflege

Jugendlehrgänge

Das Niedersächsische Gesetz über Raumordnung und Landesplanung

Landesplanungsbeiräte

Verwaltungs- und Gebietsreform

Aus den Kreisen unserer Freunde hören wir zunächst fast nur ablehnende Äußerungen, wenn der Gedanke auftaucht, ein Regierungsbezirk oder Landkreis könne aufgelöst werden, eine Stadt einen Behördensitz verlieren. Wichtigste Argumente sind die historische Entwicklung, die zu dem gegenwärtigen Zustand geführt hat, und das heimatliche Bewußtsein der Bewohner, dem man eine andere Einteilung nicht zumuten dürfe. Niemand aus unseren Reihen wird solche Argumente leichthin abtun, aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, daß die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte über viele liebgeordnete Gegebenheiten hinweggeschritten ist, so daß wir häufig mit Goethe sagen müssen: Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage. Statt aller theoretischen Begründungen möge es erlaubt sein, gleich ein praktisches Beispiel anzuführen, das für viele sprechen möge.

Andererseits möchten wir aber auch der Landesregierung einiges zu erwägen geben: Nimmt man Gebietsänderungen vor, so muß man gleichzeitig alles tun, um die heimatlichen Vereinigungen und Institutionen zu stärken. Nur so ist es möglich, den inneren Hemmungen derjenigen Menschen zu begegnen, denen solche Dinge nicht gleichgültig sind. Dazu bedarf es einer behutsamen Politik der betreffenden Gegend gegenüber, dazu bedarf es aber auch entsprechender Finanzmittel. Wir erneuern in diesem Zusammenhang mit Nachdruck unseren Vorschlag, einen Fonds für Landespflege zu schaffen, aus dem alle diese vielfältigen Bestrebungen sehr viel wirksamer als bisher unterstützt werden können, wie etwa Naturschutz und Landschaftspflege, Baudenkmalpflege und vieles andere mehr. Wir wiederholen auch heute wieder unsere Freude über die Förderung wissenschaftlicher Forschungen durch Lottomittel, namentlich auf dem Gebiet der Landeskunde, aber wir betonen noch einmal, daß die Landespflege gerade unter den erwähnten Umständen nicht weniger wertvoll und wichtig und nicht weniger förderungswürdig ist.

Dann aber haben wir vorhin die Darlegung eines Beispiels angekündigt, das die Notwendigkeit einer Verwaltungs- und Gebietsreform, zugleich einer neuen Raumordnung und Landesplanung besonders eindringlich zeigt, und möchten das nun so knapp wie möglich ausführen. Dabei wollen wir versuchen, uns einer allgemein verständlichen Sprache zu bedienen; jedes Fach pflegt sich eine eigene Sondersprache zu schaffen, die dann leider weiteren Kreisen unzugänglich ist. Hier liegt wohl auch in diesem Falle einer der Gründe, daß diese Arbeitsgebiete so wenig Verständnis finden und auf soviel Widerspruch stoßen. Die meisten Menschen können eben wenig anfangen mit Strukturelementen, Schweinebesatz, Ertragsmeßzahlen, Realsteueraufbringungskraft, Arbeitsplatzzentralität, Infrastrukturfälle, Bevölkerungszielzahlen und Demonstrativbauvorhaben.

Wir sind zwei uns befreundeten Verbänden dankbar dafür, daß sie uns jenes Beispiel, das nun erläutert werden soll, besonders deutlich nahegebracht haben, nämlich dem Bund für Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen, der eine gute Exkursion unter wissenschaftlicher Leitung veranstaltet, und der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens, die zusammen mit dem verwandten Göttinger Universitäts-Institut eine klare Veröffentlichung über jenes Gebiet herausgebracht hat, das uns jetzt beschäftigen soll, nämlich das nördliche Harzvorland, d. h. den Raum Goslar, Oker, Harlingerode, Bad Harzburg und Wolfenbüttel, um nur die wichtigsten Orte zu nennen. Hier herrschen tatsächlich ganz unerträgliche Zustände, und sie schreien geradezu nach Raumordnung und Landesplanung, nach Verwaltungs- und Gebietsreform.

Ein alter volkstümlicher Spruch sagt: „Wo's qualmt und stinkt, liegt Oker.“ Diese wenigen Worte kennzeichnen einen Teil des Zustandes kurz und klar, aber doch nur einen Teil. Sie sagen nicht, welche schrecklichen Folgen für Mensch, Tier und Pflanze aus diesem „Qualmen und Stinken“ hervorgehen, und sie sagen auch nichts über die Verschmutzung des Wassers, die gerade dort ein fürchterliches Maß erreicht hat.

Über Reinhaltung der Luft und der Gewässer haben wir uns immer wieder mahnend geäußert, und damit standen wir wahrhaftig nicht allein. Dieser Raum am nördlichen Harzrand ist ganz besonders geeignet dafür, solche Übelstände aufzuzeigen und auf ihre Abstellung zu dringen.

Seit tausend Jahren wird bei Goslar Bergbau betrieben oder, um in der Bergmannssprache zu sprechen, „geht dort das liebe Bergwerk um“, und schon vor Jahrhunderten haben sich

Ein Wort an unsere Freunde

Ein Wort an die Landesregierung

Fonds für Landespflege

Ein Beispiel

Das nördliche Harzvorland

Luft und Wasser

die Landesherren veranlaßt gesehen, im Umkreis dieses Bergbaus Maßnahmen zu treffen, die wir heute als Raumordnung bezeichnen würden. Als Folge dieses Bergbaus hat sich namentlich in Oker eine umfangreiche Industrie angesiedelt, zu der im Landkreis dann auch noch zahlreiche Zuckerfabriken gekommen sind.

Die zivilisatorische Entwicklung hat es weiterhin mit sich gebracht, daß die Wohnhäuser mit fließendem Wasser und sanitären Anlagen versehen worden sind; außerdem geht die Landwirtschaft immer mehr dazu über, Kunstdünger zu verwenden, und entledigt sich der tierischen Fäkalien kurzerhand auf dem bequemsten Wege. Alles das hat die Oker zu einem der schmutzigsten Flußläufe in Deutschland gemacht, dessen Belastung zeitweise zwanzigfach höher liegt als diejenige des Rheins und des Mains. Auf gewissen Strecken gibt es keinen einzigen Fisch mehr in diesem Fluß, und das Baden darin mußte schon längst verboten werden. Die Kläranlagen vieler Gemeinden sind ganz unzureichend und vermehren das Übel mit steigender Einwohnerzahl ständig.

Die Aufsichtsbehörden führen seit Jahrzehnten einen schweren Kampf, der aber kaum mehr erreicht, als den jetzigen Zustand nicht noch schlimmer werden zu lassen. Sie klagen über mangelhafte Unterstützung durch die öffentliche Meinung und vielfältige Widerstände der verschiedensten Art.

Das alles ist deshalb so besonders bedenklich, weil dieses Wasser natürlich auch mit dem Grundwasser in Verbindung steht und irgendwo einmal wieder als Trinkwasser verwendet wird. Die Forderung muß also lauten: Reinigung des industriellen und kommunalen Abwassers, aber das ist teuer, und dem stehen mancherlei Hindernisse entgegen, nicht zuletzt die Verwaltungs- und Gebietszersplitterung, über die noch zu sprechen sein wird.

Auch die gesicherte Ablagerung, möglichst Verbrennung oder Kompostierung von Müll ist ein böses Problem, das in diesem Raum besonders eindrucksvoll studiert werden kann. Kaum weniger bedenklich ist die Gefahr einer **Ölverschmutzung** durch Betriebe und Kraftwagenbesitzer, die ihr Altöl vielfach in die öffentliche Kanalisation ablassen und damit die Kläranlagen belasten, soweit sie überhaupt vorhanden sind.

Überdies werden im Okertal oberhalb von Börßum immer mehr **Kiesgruben** angelegt und die natürliche Filterzone zwischen Fluß- und Grundwasser entscheidend geschwächt. Hier rächt es sich bitter, daß es in Niedersachsen noch kein Gesetz zur Regelung der Entnahme von Bodenbestandteilen gibt, wie wir es seit Jahren fordern.

Ein weiterer Übelstand dieses Gebietes ist die Verschmutzung der Luft durch vielerlei **Abgase** der Industriebetriebe und des starken Kraftwagenverkehrs, der sich vor allem in Oker durch die enge Hauptstraße zwingt. Wir haben bei unserer Exkursion das erschütternde Beispiel großer Ödlandflächen gesehen, deren kümmerlichen Pflanzenrest man noch nicht einmal dem Vieh zum Fraß anbieten darf, weil es dadurch vergiftet würde, an deren Rändern aber Menschen wohnen müssen. Die Ärzte des Raumes Oker-Harlingerode berichten, daß sich viele Patienten mit Krankheiten bei ihnen einfinden, die typisch auf Luftverschmutzung zurückzuführen sind; an den Häusern zeigen sich die Schäden der Abgase, und manchmal wird Wäsche, die im Freien zum Trocknen aufgehängt worden ist, regelrecht zersetzt.

Ein Teil der Betriebe zahlt Entschädigungen, aber natürlich nicht für die bei weitem wichtigsten Schäden, nämlich diejenigen, die an der Gesundheit der Menschen entstehen. Ein „Landschaftspflege-Verband für den Amtsbezirk Harzburg“ hat sich gebildet und bemüht sich, durch Anpflanzungen und ähnliche Maßnahmen das Übel ein wenig zu mildern, ohne aber auch nur annähernd die Beseitigung erreichen zu können. Inzwischen aber werden weiter Wohnhäuser gebaut, wo man sie niemals errichten dürfte, und daran sind die längst überholten **Verwaltungs- und Gebietsgrenzen** zu einem wesentlichen Teil schuld. Sie zeigen in diesem Raum so unvernünftige Formen, daß eine Änderung geradezu lebensnotwendig ist.

In den längst entbrannten Streit, wie das geschehen könnte, wollen und dürfen wir uns nicht einmischen, aber es liegt uns daran, hier ein besonders bezeichnendes Beispiel für die ganz unmittelbaren Schäden hervorzuheben, die nur nach einer gründlichen Verwal-

Müll

Ölverschmutzung

Kiesgruben

Abgase

**Verwaltungs- und
Gebietsgrenzen**

tungs- und Gebietsreform mit Aussicht auf Erfolg angepackt werden können. Die Zersplitterung der zuständigen Behörden und die sinnlos gewordenen, teilweise aus dem Mittelalter stammenden Grenzen haben jede wirksame Maßnahme bisher außerordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht, und darunter haben Mensch, Tier und Pflanze in weitem Umkreis schwer zu leiden.

Es ist nicht unsere Aufgabe, im Einzelnen zu sagen, was nun geschehen sollte, aber es kommt uns darauf an, durch dieses Beispiel deutlich hervorzuheben, welche schrecklichen Schäden entstehen können, wenn Raumordnung und Landesplanung noch nicht wirksam geworden sind, wenn Verwaltungs- und Gebietsgrenzen ihren früheren Sinn längst verloren haben.

Lassen Sie uns zum Ausgangspunkt dieser Betrachtung zurückkehren:

Ein historisch gewordener Raum ist für uns ein Wert, den wir achten und nach Möglichkeit bewahren möchten. Wenn aber dieser Raum den heute lebenden Menschen keine wirkliche Heimat mehr sein kann, wenn er im äußersten Falle sogar ihr Leben und ihre Gesundheit bedroht, wenn er nicht mehr die richtigen Voraussetzungen für vernünftiges Wohnen, Arbeiten und Sich-Erholen bietet, dann müssen wir die Einteilung des Raumes neu durchdenken und dürfen auch vor Hindernissen nicht zurückschrecken. Das braucht keineswegs die Aufgabe von seelischen Bindungen zu bedeuten, wie vorher betont wurde, und der Staat möge bei aller Neuordnung die Notwendigkeit sehen, solche Werte zu schützen und zu bewahren.

Unsere Meinung zu diesem wichtigen Thema der Raumordnung und Landesplanung der Verwaltungs- und Gebietsreform ist also, um es noch einmal zusammenzufassen:

Man darf bei solchen Reformen nicht schematisch nach irgendwelchen statistischen Merkmalen vorgehen, man darf ebensowenig Besonderheiten der Landschaft und historische Bindungen zerstören, wenn es sich vermeiden läßt. Eine Einheitsstruktur aller Landesteile wird sich nie erzielen lassen, dazu sind die Unterschiede zwischen dicht und dünn besiedelten Gegenden und vielen anderen Gegebenheiten zu groß. Grundsätzlich sind aber diese Maßnahmen eine Notwendigkeit unserer immer stärker technisch bestimmten Zeit, und gerade deshalb sollte sich die Landesregierung verpflichtet fühlen, den historisch gewordenen Einrichtungen und Verbänden ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie zu fördern, wo sie nur kann, ideell, aber bestimmt auch materiell!

Dann möchten wir noch einmal auf zwei Gesetzentwürfe zurückkommen, die uns auch früher schon beschäftigt haben, und zwar einmal denjenigen für das Bundeswaldgesetz, bei dem wir unverändert meinen, daß die Aufgaben des Waldes für Forschung und Lehre in zahlreichen Wissenschaftszweigen nicht berücksichtigt werden, daß auch Feld- und Ufergehölze in der freien Landschaft den Aufgaben des Landschaftsschutzes und der Landschaftspflege dienen sollten, und daß der Wirkungsbereich des Landschaftsschutzes durch ein solches Gesetz nicht eingeengt und noch mehr zersplittert werden sollte. Auf alle Fälle aber müssen die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes für die Allgemeinheit genügend gesichert bleiben.

In dem anderen Falle, den wir wieder ansprechen möchten, handelt es sich um das schon oft geforderte Niedersächsische Gesetz zur Verhütung vor Landschaftsschäden durch Entnahme von Bodenbestandteilen, das uns dringender denn je nötig zu sein scheint. Wir verweisen erneut auf die Mitteilung, die uns der Herr Kultusminister im Juli des vorigen Jahres gemacht hat, er beabsichtige, auf der Grundlage unseres Entwurfs in Ressort-Besprechungen einzutreten mit dem Ziel einer entsprechenden Regierungsvorlage an den Niedersächsischen Landtag. Vor Einbringung des Entwurfs im Landtag solle uns auf jeden Fall noch einmal Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Wir wir inzwischen hörten, sind von keinem Ministerium grundsätzliche Einwendungen gekommen, nur technisch-juristische Einzelheiten sollten noch geklärt werden. Wir vermuten, daß die Sache durch die Wahlen in Rückstand gekommen ist, bitten aber sehr darum, sie jetzt tatkräftig zu betreiben. Beispiele für die Notwendigkeit dieses Gesetzes haben wir schon genannt, weitere werden folgen.

Notwendigkeit der Neuordnung

Unsere Meinung zu diesem Thema

Bundeswaldgesetz

Kiesgrubengesetz

Zu diesen Beispielen gehört besonders auch der Bau des Elbe-Seitenkanals, der in seiner ganzen Länge in den Regierungsbezirk Lüneburg fällt und für Niedersachsen den tiefsten Eingriff in die Landschaft bedeutet, den es seit langer Zeit gegeben hat. Geplant wird dieser Kanal von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Hamburg im Auftrage des Bundes, also nicht von einer niedersächsischen Stelle. Auch der Bau soll von der erwähnten Behörde durchgeführt werden.

Nach allem, was wir bisher gehört haben, scheint uns hier wieder einmal die Gefahr zu drohen, daß nur die rationell-technisch beste Lösung gesucht wird, daß aber Naturschutz, Landschaftspflege, Bodendenkmalpflege und ähnliche Bestrebungen als ästhetische Randfragen behandelt werden sollen.

Es wird der Öffentlichkeit anscheinend kaum klar, welche gewaltigen Eingriffe in die Landschaft vorgenommen werden müssen: Streckenweise wird man einen tiefen Graben ziehen, an anderen Abschnitten hohe Dämme aufschütten, Überführungen über Täler und Wasserläufe sind zu schaffen, Schleusen und Hebewerke als mächtige Bauten zu errichten, Straßen und Wege umzulegen und über neue Brücken zu führen, andere Straßen überhaupt erst zu bauen, Häfen anzulegen, die dann zum Ansatzpunkt von Industriewerken dienen sollen, und vieles andere mehr. Die ganze Strecke fällt, wie erwähnt, in den Regierungsbezirk Lüneburg, und wir sind deshalb dem Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg besonders dankbar für seine Versicherung, daß er den Landschaftsschutz im Rahmen des jetzt beginnenden Planfeststellungsverfahrens voll zur Geltung bringen wird. Viel wird dann auch von dem guten Willen des Bauträgers, nämlich der Bundeswasserstraßenverwaltung, abhängen.

Nach den bisherigen Planungen ist offenbar zu befürchten, daß besonders wertvolle Landschaftsteile zerstört werden; das gilt z. B. für das Gifhorner Moor, das bedeutendste Birkwild-Revier Norddeutschlands und eines der wichtigsten der ganzen Bundesrepublik. Dieses Moor soll zugeschüttet und in Äcker verwandelt werden; damit wäre wieder ein Moor vernichtet. Wir können auf Einzelheiten nicht eingehen, wiederholen aber unsere Mahnung, den Kanal nicht nur als technisches Werk, sondern auch als neues Landschaftselement zu sehen und die berufenen Landschaftspfleger nicht erst dann heranzuziehen, wenn sie eingetretene Schäden bemängeln sollen, sondern von vornherein bei der gesamten Planung und Arbeit.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der unabhängig von der vordergründigen Nützlichkeit beachtet werden muß, ist die Tatsache, daß der Kanal ein urgeschichtlich besonders wichtiges Gelände durchschneidet. Viele Siedlungen der Vorzeit und ganze Hügelgräberfelder liegen auf seiner Strecke; den Archäologen müssen ausreichend Zeit und Mittel gegeben werden, Grabungen vorzunehmen, bevor der Bagger seine grobe Zerstörung beginnt. Wir wiederholen unsere Bitte an den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg, den Landschaftspflegern und den Prähistorikern bei ihrer Arbeit zu helfen, und zwar gleich von Anfang an, nicht erst, wenn es zu spät ist!

Wenn wir weiter noch beim Bezirk Lüneburg bleiben dürfen, so betonen wir erneut unsere Verbundenheit mit dem Naturschutzpark Lüneburger Heide und danken Herrn Regierungspräsidenten Kaestner dafür, daß wir vor einigen Monaten mit ihm und anderen Beteiligten ausgiebig die Frage erörtern durften, wie das Gebiet weiterhin gestaltet werden soll. Es ist wichtig, daß sich alle Teile immer wieder treffen und ihre Meinungen miteinander abstimmen.

Fassungslos erstaunt waren wir allerdings darüber, als wir kürzlich den Zeitungen entnehmen mußten, der alt-böse Feind des Heideparks plane einen neuen Anschlag zu seiner Vernichtung, indem er eine Autostraße quer hindurch legen wolle. Angesichts der von allen Seiten kommenden Proteste beeilte er sich dann allerdings, diesen Plan zurückzuziehen. Im Zusammenhang mit einem Wortspiel, das der Herr Ministerpräsident in der Beantwortung der Roten Mappe beim Niedersachsentag in Wolfsburg gebraucht hat, dürfen wir versichern: Unter keinen Umständen werden wir uns den Heidepark zerdehnen lassen!

Die britischen Panzer im südlichen Teil des Naturschutzgebiets bekümmern uns nicht minder als in allen Jahren vorher, und auch auf den Wacholderhain bei Ehlbeck haben diese Zerstörungen nun übergriffen. Wiederum haben wir Herrn Regie-

Elbe-Seitenkanal

Naturschutzpark Lüneburger Heide

Wacholderhain bei Ehlbeck

rungspräsidenten Kaestner dafür zu danken, daß er sich nach Kräften bemüht, diese Verwüstungen zu unterbinden.

Wenn wir einen anderen Wacholderhain gleich hier anschließen dürfen, so möchten wir denjenigen bei **H a s e l ü n n e** erwähnen, der mit der Haselünner Kuhweide zu den schönsten und wichtigsten Naturschutzgebieten gehört, die wir überhaupt haben; dieser Hain fällt nun aber nicht britischen Panzern zum Opfer, sondern ist durch wasserwirtschaftliche Planungen gefährdet. Man will dort ein Rückhaltebecken der Hase schaffen, die Niederung ausbaggern, einen See anlegen und eine Siedlung errichten. Wir sind durchaus der Meinung, daß man sich für solche Pläne andere Stellen aussuchen sollte.

Haselünne

In diesem Zusammenhang ist nun auch wieder ein Wort über die **M o o r e** zu sagen, wie wir es seit Bestehen der Roten Karte in jedem Jahr getan haben. Beim **A h l e n m o o r** sind die Dinge immer noch im Fluß; wir haben die Sorge, daß die für den Schutz in Aussicht genommene Fläche zu knapp begrenzt wird, sie zeigt schon jetzt erhebliche Trockenschäden. Um ein lebendes Hochmoor zu erhalten, genügt keine gar zu kleine Fläche, man muß sie vielmehr einigermaßen groß auswählen.

Ahlenmoor

Das **B i s s e n d o r f e r M o o r** ist immer noch dadurch gefährdet, daß ein Torfunternehmen es in erheblichem Umfang ausbeuten will. Wir hoffen sehr, daß es den zuständigen Behörden gelingen wird, die Ansprüche der Firma abzuwehren; die Erhaltung eines der wenigen Moore in der Umgebung Hannovers sollte sichergestellt und nicht gewerblichen Interessen geopfert werden.

Bissendorfer Moor

Unbedingt schutzwürdig sind außerdem das **G r o ß e M o o r** bei **K i r c h w a l s e d e** im Landkreis Rotenburg und das **N e u s t ä d t e r M o o r** im Kreise Grafschaft Diepholz. Andere Moore sind unmittelbar bedroht: Diejenigen im **O b e r h a r z**, aus denen die **B a d e r t o r f** für Heilzwecke gewinnen wollen, vor allem aber auch das **R i e s e b e r g e r M o o r** bei **K ö n i g s l u t t e r** am Nordrand des Elm. Es ist das einzige Kalk-Flachmoor in Niedersachsen, seit 30 Jahren Naturschutzgebiet; jetzt aber haben mehrere Gemeinden unmittelbar an seinem Rande ein Wasserwerk errichtet, das ohne Zweifel dieses Moor völlig trockenlegen wird. Wieder ist ein Verlust natürlicher Landschaft zu beklagen, wahrscheinlich durch Gedankenlosigkeit und mangelnde Kenntnis.

Weitere Moore

Im **T o t e n M o o r** bei **P o g g e n h a g e n** will die Stadt Hannover in großen Mengen Klärschlamm ablagern. Dieses Moor steht in engstem Zusammenhang mit dem **S t e i n h u d e r M e e r** und bietet sich geradezu an, das überlaufene Erholungsgebiet wirkungsvoll zu erweitern. Wird dort aber Schlamm abgelagert, so scheidet es für die Erholung aus. Geht nicht von dieser Schlammablagerung auch eine Gefahr für das Wasserwerk **S c h n e e r e n** hervor, das auf dieser Grundlage steht und zusätzlich zu dem Harzwasser der Versorgung **B r e m e n s** dienen soll? Auf jeden Fall dürfte die Frage erst dann entschieden werden, wenn ein Gutachten des Landesamtes für Bodenforschung erstattet worden ist.

Totes Moor bei Poggenhagen

Der Landkreis **G r a f s c h a f t D i e p h o l z** berichtet uns von großen noch ziemlich unberührten Moorflächen mit reicher Flora und Fauna von besonderer Eigenart. Verschiedene Eigentümer sind bereit, sie zu erträglichen Bedingungen zu verkaufen; wieder einmal ist kein Geld dafür aufzutreiben, und so wird es nun wohl nicht mehr lange dauern, bis auch diese wertvollen Landschaftsteile „kultiviert“, d. h. als solche vernichtet sind. Stichwort: **F o n d s f ü r L a n d e s p f l e g e !**

Moore in der Grafschaft Diepholz

Außer den Mooren werden aber auch noch andere Naturschutzgebiete immer wieder derart beeinträchtigt, daß sie praktisch ihren Wert verlieren, entweder durch Maßnahmen in ihnen selbst oder unmittelbar an ihrem Rande.

Fonds für Landespflege!

So ist z. B. das Naturschutzgebiet **L u z i e**, im **L a n d k r e i s L ü c h o w - D a n n e n b e r g**, eine der wenigen Kranich-Brutplätze in der Bundesrepublik, durch Entwässerungsmaßnahmen im **J e e t z e l - G e b i e t** praktisch trockengelegt worden, und kleine Heideflächen als Naturschutzgebiete werden im Laufe der Jahre immer wieder ohne Genehmigung aufgeforstet oder für landwirtschaftliche Zwecke kultiviert. In solchen Fällen muß den örtlichen Naturschutzbehörden immer erneut größte Aufmerksamkeit empfohlen werden.

Luzie

Im Drömling an der braunschweigischen Zonengrenze sollen umfangreiche Entwässerungsmaßnahmen erfolgen, die den Charakter der Landschaft völlig verändern und wertvolle Naturerscheinungen zerstören würden. Die Notwendigkeit leuchtet keineswegs ein.

Ein ganz besonders dringendes Problem betrifft aber das Hainholz und den Beierstein im südlichen Harz-Vorland, mit denen wir uns schon vor zwei Jahren in der Roten Mappe befaßt haben. Diese Gips-Karstlandschaft ist nach fachlichem Urteil in Mitteleuropa einmalig nach Formenwelt und Vegetation. Es gibt dort sehr seltene Karstformen, eine besonders interessante Pflanzenwelt, orchideenreiche Buchenwälder und eine vielfältige Tierwelt. Das Landesamt für Bodenforschung hat in einem Gutachten erklärt, Gipsabbau sei an vielen Stellen in Niedersachsen möglich, und zwar in Gegenden, die keine Zerstörung einer besonders wertvollen Bodenform bedeuten würden; trotzdem ist das Gelände nun von einem Gipswerk zum Abbau gepachtet worden, und damit wäre die Zerstörung besiegelt. Wir haben den Herrn Regierungspräsidenten in Hildesheim gebeten, das Gebiet unter Naturschutz zu stellen und damit zu retten. Offenbar bestehen insofern Bedenken, als man dort im Zonenrandgebiet Arbeitsplätze schaffen möchte; bei den heutigen Großgeräten würden aber nur sehr wenige Menschen gebraucht. Wir meinen, daß der wirtschaftliche Wert des Gipses und einige wenige Arbeitsplätze sehr viel geringer zu veranschlagen sind als die Einmaligkeit der Landschaft, daß diese also unbedingt erhalten werden muß.

Während es sich hier um eine als solche wertvolle Landschaft handelt, haben wir uns für eine andere schon mehrfach eingesetzt, die der Erholung des Großstädtlers dient, nämlich die Gegend um das Steinhuder Meer. Ihre Erweiterungsmöglichkeit ins Tote Moor soll durch Faulschlammablagerungen der Stadt Hannover behindert werden, wie schon dargelegt wurde, außerdem aber schwebt ein Plan, sie ganz unmittelbar schwer zu beeinträchtigen, indem bei Schneeren ein Hartsteinwerk errichtet werden soll, das den Boden in großem Umfang abtragen und den Straßenverkehr unerträglich steigern würde. Wir haben uns schon mehrfach in der Roten Mappe damit befaßt und darum gebeten, alles zu tun, um diesen Plan zu verhindern, zumal es Möglichkeiten gibt, dem Werk in derselben Gemeinde einen Standort anzuweisen, der weniger schädlich sein würde. Wir hatten den Fall schon als erledigt betrachtet, nachdem die vier beteiligten Ministerien den Landkreis angewiesen hatten, die Genehmigung nicht zu erteilen, doch ist dieser jetzt in I. Instanz verurteilt worden, das doch zu tun. Der Finanzminister hat den Landkreis angewiesen, Berufung einzulegen, und auch wir haben in einem unmitttelbaren Schreiben darum gebeten, jedes rechtliche Mittel auszunutzen, um das drohende Übel abzuwenden. Mit vielen Menschen und Behörden wissen wir uns darin einig; auch an dieser Stelle bitten wir noch einmal darum, auf keinen Fall nachzugeben.

Mehrere Wissenschaftler bemühen sich seit Jahren um die Erforschung des pflanzlichen und tierischen Lebens im und am Steinhuder Meer. Das ist allgemein wertvoll, und überdies ist die Kenntnis der herrschenden Gesetzmäßigkeiten unbedingte Voraussetzung jeder Planung, um den gewünschten Erfolg zu sichern und Schäden zu verhüten. Jede Förderung dieser Bestrebungen ist dringend zu befürworten.

Dann sind einige Probleme des Straßenbaus anzusprechen, und zwar zunächst wieder einmal die geplante Durchschneidung des Bentheimer Waldes. Unsere Freunde aus der Grafschaft Bentheim meinen, es sei „beängstigend still darum geworden“. Aus den Amtsstuben erfahren wir, es würde überlegt, den Wald nördlich zu umgehen; dazu seien neue Planungen erforderlich, nach deren Abschluß alle Beteiligten wieder Gelegenheit zur Stellungnahme haben würden. Wie dem auch sei, wir wiederholen unsere Mahnung: Hände weg vom Bentheimer Wald!

Baggerseen an Autobahnen Für den Bau der Autobahnen, die ja an verschiedenen Stellen im Lande weitergeführt werden, haben wir erneut die Bitte, den zwangsläufig anfallenden Baggerseen große Aufmerksamkeit zu widmen. Es kommt einmal entscheidend darauf an, wo diese Seen angelegt, und außerdem, wie sie dann genutzt werden. Jedenfalls sollte man sie ein Stück von der Autobahn entfernt halten, in den Besitz der Öffentlichen Hand überführen und zu Bade- und Erholungsflächen ausgestalten. Das wird

Drömling

Hainholz und Beierstein

Steinhuder Meer

Hartsteinwerk bei Schneeren

Straßenbau

Hände weg vom Bentheimer Wald!

Baggerseen an Autobahnen

fast nie befriedigend möglich sein, wenn solche Seen im Privatbesitz bleiben. Manche dieser Gewässer sollten auch als Vogelschutz-Gebiete eingerichtet werden, namentlich,

wenn der Straßenbau andere Heimaträume der Vögel vernichtet oder beeinträchtigt hat. Es ist wiederum wichtig, die Fachstellen der Landesplanung und Landschaftspflege so früh wie möglich heranzuziehen, nicht erst dann, wenn kaum noch etwas zu ändern ist.

Im übrigen kommt immer wieder die Meinung auf, man sollte alle Bäume an Verkehrsstraßen beseitigen, weil die Kraftfahrer durch sie gefährdet würden. Tatsächlich liegen die Dinge aber keineswegs so einfach; genaue Untersuchungen haben ergeben, daß auf Straßen ohne Bäume ebenso viele Unfälle vorkommen wie auf Straßen mit Bäumen.

Es ist bewiesen, daß Bäume an Landstraßen sehr wohl auch ihre Vorteile haben: Sie geben dem Fahrer eine optische Leitlinie, vor allem in Kurven, Senken oder Kuppen und bei schwierigen Licht- und Wetterverhältnissen, wie Dunkelheit, Nebel, Regen und Schnee; darin sind sie meist auch den künstlichen Leitmitteln überlegen. Die Bäume vermindern die Blendwirkung der Sonne und entgegenkommender Fahrzeuge, sie schützen vor gefährlichen Seitenwinden, verhindern Schneeverwehungen, vermitteln dem Fahrer ein zuverlässiges Geschwindigkeitsgefühl, helfen gegen Ermüdung und steigern die Aufmerksamkeit. Überdies wirken sie wohltuend in die Umgebung hinein als Lärm- und Sichtschutz, als Bereicherung der Landschaft und in vielerlei sonstiger Beziehung.

Die Deutsche Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen befaßt sich seit Jahren mit diesen Problemen und hat „Richtlinien für die Straßenbepflanzung“ herausgegeben, die wir allen Baubehörden zur Beachtung empfehlen.

In einem Fall hatten wir das große Vergnügen, die Landesregierung auf eine Absicht unseres Nachbarn Nordrhein-Westfalen aufmerksam zu machen, von der man hier keine Ahnung hatte, nämlich bei Würgassen an der Weser ein Atomkraftwerk zu bauen. Hier hat Karl der Große zum Schutze eines günstigen Weserüberganges die Burg Herstelle gebaut, und aus solchen historischen Gegebenheiten erklärt es sich wohl, daß dort ein kleines Stück des benachbarten Landes über die Weser hinüberspringt. Es ist unmittelbar von niedersächsischem Gebiet umgeben, aber Nordrhein-Westfalen hatte es nicht für nötig gehalten, Niedersachsen zu beteiligen, als es dem Plan einer Stromversorgungs-Gesellschaft zustimmte, dort ein Atomkraftwerk zu errichten. Erst auf Grund unserer Hinweise sind die Kontakte über die Landesgrenze in Gang gekommen, und nun werden die Dinge auch von Niedersachsen landesplanerisch untersucht.

Sichtlich bestehen schon feste Pläne, die kaum noch rückgängig gemacht werden können; jedenfalls muß aber nun ein Auslegungsverfahren durchgeführt werden, in dem Bedenken geltend gemacht und Einsprüche erhoben werden können. Zwei wesentliche Fragen stehen im Vordergrund: Wie wird sich dieses Werk auf das dort besonders reizvolle Landschaftsbild auswirken, und wie beeinflußt es den Wasserhaushalt der Weser? Wir bitten die Landesregierung, den Plan kritisch und aufmerksam zu beobachten, und behalten uns selbst alle Schritte innerhalb des zu erwartenden Verfahrens vor.

Zum Buchenerlaß des Landwirtschaftsministeriums freuen wir uns, mitteilen zu können, daß die Denkschrift unserer wissenschaftlichen Freunde mit großer Gründlichkeit ausgearbeitet wird; sie soll alle wesentlichen Gesichtspunkte sorgfältig erfassen, zum Beispiel die Auswirkung auf den Zustand, die Struktur, den Chemismus und die Fruchtbarkeit des Bodens, die Ablaufverhältnisse des Wassers, auf Hochwassergefahr und nicht zuletzt auch auf die Eignung des Waldes für die Erholung. Diese und viele andere Gesichtspunkte erfordern eine gründliche Arbeit, deren Ergebnisse zu gegebener Zeit vorgelegt werden sollen.

Ein freundliches Wort an die Forstleute möge hier eingefügt werden im Hinblick auf die Waldlehrpfade, die in einzelnen Forstämtern angelegt worden sind, so auch hier am Lüneburger Bockelsberg, wo er nun schon seit 80 Jahren besteht. Solche liebevoll gepflegten Einrichtungen sind ein ausgezeichnetes Mittel, Jung und Alt mit der Natur vertraut zu machen.

Bäume an Verkehrsstraßen

Atomkraftwerk bei Würgassen

Buchenerlaß

Waldlehrpfade

Weiter haben wir etwas zu sagen zum vielfach üblichen Abbrennen der Bodendecke, das gegenwärtig nur von März bis September eines jeden Jahres verboten ist, nach unserer Meinung unbedingt aber auch sonst, also überhaupt verboten werden sollte. Dieses Abbrennen bringt auch im Winter erhebliche Schäden mit sich: Waldbrände können entstehen, Abschwemmung und Verwehung des Bodens werden erleichtert, das Klima in der unteren Luftschicht verschlechtert, der Wasserhaushalt ungünstig beeinflusst; wertvolle organische Substanz wird vernichtet, Pflanzen und Tiere erleiden schwerwiegende Nachteile, selbst wenn sie den Brand überstehen, und das Landschaftsbild wird durch die toten abgeflämten Flächen verunstaltet. Wie wir wissen, tritt auch die Landesjägerschaft Niedersachsen dafür ein, das Abbrennen der Bodendecke ganz zu verbieten, weil Gelege von Bodenbrütern vernichtet werden, junge Tiere und Insektenfresser, die für die Schädlingsbekämpfung wertvoll sind, wie Igel, Spitzmaus und andere, in den Flammen umkommen. Uns liegt auch ein Heft der Zeitschrift „Das Landvolk“ vom März des letzten Jahres vor, in dem darauf hingewiesen wird, das Abbrennen schade der Landschaft nur, bringe ihr aber keinen Vorteil. Wir bitten deshalb die Landesregierung darum, das Abbrennen der Bodendecke vollständig zu verbieten.

Abbrennen der Bodendecke

Ferner möchten wir Einiges sagen zu gewissen Bauten, die in steigender Zahl aufwachsen, und zwar zunächst zu Fernmeldeeinrichtungen der verschiedensten Art, die von der Post für ihre eigenen Zwecke, für Rundfunk und Fernsehen, außerdem aber auch von der Bundeswehr und für die Flugsicherung errichtet werden. Die Zahl dieser Einrichtungen wächst ständig, das Problem wird also immer wichtiger, vor allem auch dadurch, daß als Standort jeweils besonders markante Punkte in der Landschaft ausgesucht werden. Wir müssen nun aber leider beobachten, daß die erwähnten Dienststellen je für sich allein planen und bauen; wäre es möglich, daß sie sich untereinander einigen könnten, so hätten wir schon viel erreicht, um die Zahl der Bauwerke in Grenzen zu halten. Möchte es dazu kommen!

Fernmeldeeinrichtungen

Andere Bauten sind nicht so groß, aber sie beunruhigen durch ihre immer weiter steigende Menge, nämlich die Wochenendhäuser und Wochenendsiedlungen, mit denen wir uns schon mehrfach befaßt haben, zu denen außerdem immer mehr fest aufgestellte Wohnwagen kommen. Privatleute und Gemeinden halten es offenbar immer wieder für ein gutes Geschäft, schöne Landschaftsteile zu verkaufen und sie damit als solche zu opfern. Es bestehen Richtlinien über die Ausweisung von Wochenendhaus-Gebieten für die Räume Niedersachsen-Bremen und Niedersachsen-Hamburg; die Landesregierung sollte den Gedanken prüfen, diese Richtlinien für das ganze Landesgebiet als Vorbild zu nehmen.

Wochenendsiedlungen

Leider haben sie sich in einem Falle allerdings als unwirksam erwiesen; Wildeshausen in Oldenburg hat in seinem Außenbereich ein Ferienhaus-Gebiet gegen die erwähnten Richtlinien vorgesehen; diese Einstellung einer einzelnen Gemeinde gegen die wohlerwogene Planung halten wir für sehr unerfreulich.

Wildeshausen

Ganz schlimm steht es immer noch um die Beseitigung von Abfällen aller Art, und zwar sowohl um den offiziellen Müll der Gemeinden wie auch um das wilde Ablagern von allen möglichen Dingen, die man loswerden möchte, angefangen von Autowracks bis hin zu Matratzen, Blechdosen und Einwickelpapier. Jede Gemeinde muß unbedingt einen geregelten Müllablageplatz haben, und er sollte so angelegt werden, daß nicht gerade die schönsten und wertvollsten Landschaftsteile davon überschüttet werden, und daß vor allem auch die Verschmutzung des Wassers verhütet wird. Wo es irgend möglich ist, sollte man den Müll verbrennen, kompostieren oder sonst so gut wie möglich beseitigen. Kein Verfahren ist immer das beste; es kommt darauf an, in jedem Einzelfall die günstigste Lösung zu suchen.

Beseitigung von Abfällen

Gegenüber unseren Mitbürgern können wir nur immer wieder unsere Mahnung wiederholen: Werft nichts achtlos fort und bringt größere Stücke zu den vorgesehenen Sammelplätzen! Überdies aber unterstützen wir lebhaft jedes tatkräftige Vorgehen der Behörden in diesen Fällen, wie es uns zum Beispiel aus dem Landkreis Rotenburg gemeldet wird.

Auch der Landkreis Aschendorf-Hümmling hat eine vorbildliche Müllabfuhr eingerichtet und eine gute Müllverordnung erlassen. Diese Leistung eines der ärmsten und abgelegenen Kreise Niedersachsens ist besonders erfreulich.

Sehr böse würde es sicherlich werden, wenn sich der bestehende Plan durchsetzen sollte, Bier nach Möglichkeit nur noch in Einweg-Flaschen zu verkaufen und dafür den Werbespruch „Ex und hopp“ zu verbreiten. Dieses Problem ist zuerst in unserem Arbeitskreis aufgetreten; wir freuen uns, mit dem Fachverband Hohlglas-Industrie und dem Deutschen Brauer-Bund darüber zu einem nützlichen und verständnisvollen Gespräch gekommen zu sein. Da es sich um eine Sache handelt, die das ganze Bundesgebiet angeht, haben wir den Deutschen Heimatbund gebeten, sie zu übernehmen, und das ist inzwischen geschehen. Die Verhandlungen sind im Gange, wir möchten uns deshalb einstweilen auf diese Andeutungen beschränken.

„Ex und hopp“

Einer der schlimmsten Vorfälle, die wir seit vielen Jahren erlebt haben, wurde uns aus dem Landkreis Burgdorf gemeldet, und zwar von jenem schon erwähnten jungen Tierarzt, der uns durch frühere Jugendlehrgänge verbunden ist. Dort hat ein gewissenloser Unternehmer Ölrückstände und Säuren aus dem Entzinnungsverfahren lange Zeit hindurch in einen 10 000 qm großen Baggersee abgelassen, den nun eine ganz dicke Schlammschicht bedeckt. In dieser Schicht haben Tausende von Tieren einen qualvollen Tod gefunden; geht man am Ufer entlang, so entdeckt man auf Schritt und Tritt Kadaver von Vögeln und Kleinsäugetern, die offenbar jenes trügerische Naß für Wasser gehalten haben. Der ganze große Tümpel ist bedeckt mit den Überresten ahnungsloser Lebewesen.

**Ölschlammgrube
im Landkreis Burgdorf**

Das geht nun schon seit mehr als fünf Jahren so; wir haben uns an den Landkreis Burgdorf und den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg gewandt und von beiden die Auskunft bekommen, es bestände keine rechtliche Möglichkeit, die Beseitigung zu erzwingen. In drei bis vier Jahren wäre die offenliegende Ölfläche wahrscheinlich von selbst verschwunden; für eine vorzeitige Abhilfe ständen keine Mittel zur Verfügung. Soll nun also der schreckliche Tiermord noch jahrelang weitergehen wie bisher? Sollen Tausende und Aber-tausende von Vögeln und anderen Tieren auch künftig in dieser Ölpest elend umkommen? Wir vertrauen auf die Behörden, gegebenenfalls aber auch auf die Selbsthilfe der Bewohner, an die wir hiermit nachdrücklich appellieren!

Auch ein anderer Fall im Landkreis Burgdorf bekümmert uns sehr, nämlich die Tatsache, daß man den Brelinger Berg immer mehr der Sand- und Kiesgewinnung opfert, sogar innerhalb eines erklärten Landschaftsschutzgebietes. Der Berg ist ein schönes Naturdenkmal, letzter Höhenzug nördlich der Lößgrenze vor dem Wilseder Berg; eine Gruppe von Naturfreunden kämpft seit Jahren um seine Erhaltung.

Brelinger Berg

Damit möchten wir das große Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege verlassen und uns einer Reihe von Problemen zuwenden, die mit dem Schutz von Bau- und Bodendenkmalen oder sonst mit der Achtung vor historischen Stätten zusammenhängen.

Bau- und Bodendenkmale

Die Urgeschichte möge dabei den Anfang machen. Sie ist Jahr für Jahr immer wieder ein Thema der Roten Mappe, leider ein sehr schmerzliches, weil die Landesregierung kaum eine unserer Anregungen befolgt hat. Wir haben durchaus den Eindruck, daß sich bei den Prähistorikern allmählich eine gewisse Resignation breit macht und sie mit der Überzeugung kämpfen, auf verlassenem Posten zu stehen. Ja, es wurde uns sogar die Frage vorgelegt, ob es überhaupt noch Zweck habe, in Niedersachsen Bodendenkmalpflege zu treiben, ob der Staat wirklich an dieser Arbeit interessiert sei. Gewiß, Lottomittel werden auch für diesen Zweck bereitgestellt, aber eine wirkliche Bodendenkmalpflege kann doch

Urgeschichte

natürlich nicht auf den „Zufälligkeiten“ zweckgebundener Mittel aufgebaut werden. Mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ist sie aber einfach unmöglich, ebenso stagniert der personelle und technische Ausbau dieser Dienststellen ganz.

Um so erfreulicher ist es, wenn man über die verständnisvolle Hilfe einzelner Beamter berichten kann: Die Prähistoriker bemühen sich, archäologische Kostbarkeiten am Rande von Bundesstraßen durch Schilder kenntlich und dadurch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Bei diesem Bestreben hat ihnen unser Beiratsmitglied, Baudirektor Rieckenberg, wirkungsvoll geholfen. Das sei mit besonderer Anerkennung hervorgehoben. Sonst aber fehlt es am Geld, um weitere Tafeln aufzustellen, und alte, die bereits seit Jahren stehen, müssen dringend erneuert werden. Erfreulicherweise haben sich einige unserer Mitgliedsvereine bereit erklärt, die Kosten für solche Tafeln innerhalb ihres Bereiches zu übernehmen; das sollte unbedingt Nachahmung finden!

Um von der Vorgeschichte nun zu geschichtlichen Zeugen überzugehen, haben wir zunächst wie schon im vorigen Jahre die Bitte an den Bund, beim Städtebauförderungsgesetz den Wert alter Städte nicht zu vergessen. Wie wir hören, wird die Denkmalpflege jetzt im Entwurf erwähnt, aber nicht die Erhaltung der Atmosphäre eines historisch gewordenen Ortes. Das scheint uns dringend nötig zu sein, wie wir am Beispiel einiger niedersächsischer Städte noch darlegen wollen.

Über die Niedersächsische Landesbauordnung haben wir im letzten Jahre mehrere Verhandlungen geführt; wenn unsere Nachrichten stimmen, wird die Denkmalpflege in ihr jetzt berücksichtigt. Es ist wichtig, endlich klare Bestimmungen zu erreichen und die bisherige Unsicherheit zu beenden; wir bitten den Landtag, das Gesetz entsprechend zu beschließen.

Auch die Sanierung von alten und neuen Städten ist eines der großen Probleme, die im Städtebauförderungsgesetz und in der Landesbauordnung geregelt werden müßten.

Geradezu traurig sieht es aus, wenn der Landeskonservator die Erhaltung historischer Bauten sicherstellen soll. Wir haben im letzten Jahre schon gesagt, es bestehe durchaus die Gefahr, daß er nur noch beschreibender und deutender Wissenschaftler sein könne, und das hat sich inzwischen weiter verstärkt. Die ihm zur Verfügung stehenden Mittel, um bedrohte Bauwerke unmittelbar zu retten, sind lächerlich gering; wenn sie aus dem Landeshaushalt durchaus nicht erhöht werden können, so verweisen wir wiederum auf den Vorschlag, einen Fonds für Landespflege zu schaffen. Eine unmittelbare Folge des jammervoll wenigen Geldes für solche Zwecke ist es auch, daß immer mehr niedersächsische Baudenkmäler von den benachbarten Ländern Nordrhein-Westfalen und sogar Schleswig-Holstein gekauft, bei uns abgebrochen und dort in musealer Form wieder aufgebaut werden. Das ist doch ein beschämender Vorgang!

Glücklicherweise bringen wenigstens die Kirchen erhebliche Mittel für die Denkmalpflege auf, sonst stände es damit noch schlimmer.

Die alten Städte des Landes stehen alle vor der fast unlösbaren Aufgabe, den Anforderungen unserer Zeit zu genügen, namentlich den fließenden und ruhenden Verkehr zu bewältigen, dabei aber ihr Stadtbild, ihr eigentliches Wesen, das einen großen Teil ihres Wertes ausmacht, nicht zu verlieren.

In Lüneburg haben wir dieses Bestreben unmittelbar vor Augen; sogar ein Textilgeschäft in der Grapengießerstraße hat hier die Fassade eines Patrizierhauses aus dem 15. Jahrhundert liebevoll wiederhergestellt.

Die von einem Verbrecher in Brand gesteckte Ratsbücherei ist inzwischen schöner geworden als vorher. Zum Vorschein gekommene Bauteile des alten Klosters sind beim Wiederaufbau mit großem Einfühlungsvermögen verwendet worden.

Hoffentlich fügt sich der im Gange befindliche Sparkassen-Neubau dem Stadtbild ebenfalls gut ein.

Städtebauförderungsgesetz

Niedersächsische Landesbauordnung

Landeskonservator

Fonds für Landespflege!

Alte Städte

Lüneburg

In Osnabrück ist damit begonnen worden, die Kriegsschäden an dem früh-gotischen Kreuzgang von St. Johann zu beseitigen und diese bedeutende Anlage fachgemäß zu restaurieren.

Osnabrück

Die Wiederherstellungsarbeiten an der Dominikanerkirche in Osnabrück machen gute Fortschritte.

Leider ist das um 1300 errichtete Steinwerk Ledenhof sehr baufällig und muß dringend erneuert werden. Wenn das gelungen ist, will die Stadt dort die geschichtlichen Sammlungen des Museums unterbringen und das wertvolle Gebäude dadurch der Öffentlichkeit zugänglich machen. Hoffentlich gelingt es, die dafür nötigen Mittel zu beschaffen.

In Celle wird das Gebäude der Deutschen Bank am Markt, mit dem wir uns jahrelang immer wieder kritisch befaßt haben, jetzt erfreulicherweise neu gestaltet. Wir begrüßen es sehr, daß sich die Bank dazu entschlossen hat.

Celle

In Buxtehude werden neue Geschäftsstraßen am Rande der Stadt geplant, die in zwei Ebenen verlaufen, unten für die Kraftfahrzeuge, oben für die Fußgänger; die Pläne vermeiden offenbar in glücklicher Weise den Abbruch wertvoller alter Baudenkmäler, schreiben Giebel- und Satteldächer für die Neubauten vor und bedeuten damit eine ausgesprochene Bereicherung des Stadtbildes.

Buxtehude

Uelzen hat den Platz um die Hauptkirche würdig gestaltet und ein Denkmal auf ihm errichtet, das an eine Sage anknüpft. Uelzener Bürger haben es der Stadt geschenkt.

Uelzen

Osterode ist in großer Sorge um eines der wichtigsten Baudenkmäler der Stadt, die Ratswaage von 1550, einen Fachwerkbau mit reichen Schnitzereien, der dringend instand gesetzt werden mußte. Auch hier wären Mittel der Denkmalpflege unbedingt nötig.

Osterode

Mit dem Göttinger Stadtbaurat hatten wir im letzten Jahr eine vertrauensvolle Aussprache. Dort wird eine neue „Satzung über Baugestaltung“ vorbereitet, nach der einzelne Bauwerke, Straßen, Plätze und Anlagen von geschichtlichem oder künstlerischem Rang im Rahmen der städtebaulichen Gesamtsituation unter Schutz gestellt werden. Zu der dringend nötigen Sanierung des Stadtkerns ist vom Bauamt eine umfangreiche Planungsarbeit geleistet worden, die sich bemüht, einen Weg zwischen Erhalten und Gestalten zu finden.

Göttingen

Verden hat leider den historischen Wall als Grüngürtel um die Altstadt aufgegeben, um ihn zu einer Verkehrsstraße zu machen, die sogar auf einen bescheidenen Grünstreifen verzichtet.

Verden

Neustadt am Rbge. hat die Absicht, die Innenstadt völlig zu erneuern und dabei das historische Stadtbild ganz zu zerstören; nur die Kirche, das Rathaus und die Wache sollen erhalten bleiben, die beiden letzteren aber nicht mehr am gleichen Ort. Den großen Reiz der alten Bebauung in ihrem handwerklichen Gefüge, den wechselnden Traufenhöhen und den bewegten Baufluchten will man aufgeben zu Gunsten monotoner, wesentlich höherer Häuser an schmalen Straßen, die dann kaum noch einen Sonnenstrahl bekommen und sicher einige Jahrzehnte hindurch die Unwirtlichkeit einer Baustelle zeigen werden. Sogar Kirche, Rathaus und Wache, die man erhalten will, können durch die neue Umgebung nur entscheidend verlieren; es ist sehr zu hoffen, daß Neustadt seinen Sanierungsplan noch einmal gründlich überarbeitet.

Neustadt am Rbge.

Man sollte dann auch die grünen Anlagen der Neustädter Burg in größerem Umfang als bisher dem Publikum öffnen; sie sind jetzt zu einem ganz unangemessenen Teil privater Nutzung vorbehalten.

Schließlich erinnern wir wieder wie im vorigen Jahre an die Sicherung des Schwedenspeichers in S t a d e , die nicht in Vergessenheit geraten darf.

Vor einer besonders schwierigen Aufgabe, die in gewissem Umfang auch zum historischen Bereich gehört, steht im nächsten Jahre die Landeshauptstadt Hannover: Professor Karl Heinz Meyer, der Leiter der Herrenhäuser Gärten, ein Mann von internationalem Ruf, der die Gärten zu ihrem heutigen Glanz entwickelt hat, tritt in den Ruhestand. Es ist also nötig, einen würdigen Nachfolger für ihn zu finden, und das wird nicht leicht sein; selbstverständlich kann nur ein Anwärter in Betracht kommen, der nach Persönlichkeit und Vorbildung die Gewähr dafür bietet, dieses wichtige Amt entsprechend zu führen. Wir wünschen der Stadt eine glückliche Hand bei der Auswahl und verweisen darauf, daß für Hannover auch heute noch weitgehend der Ausspruch der Kurfürstin Sophie gilt: „Herrenhausen ist das Einzige, womit wir prunken können.“

Hier möchten wir eine Überlegung einschalten, die sich auf die drei großen bisher behandelten Arbeitsgebiete bezieht:

Naturschutz und Landschaftspflege, Bodendenkmalpflege, Baudenkmalpflege. Allen dreien ist mehreres gemeinsam: Sie führen einen geradezu grimmigen Kampf gegen die technische Entwicklung, der kaum etwas von alledem heilig ist, was sie zu schützen versuchen; sie stehen zweitens auf einer ganz unsicheren rechtlichen Grundlage, und sie leiden drittens unter einem fürchterlichen Mangel an finanziellen Mitteln. Die Staatsbeamten dieser drei Arbeitsgebiete sind oft regelrecht verzweifelt über das Mißverhältnis zwischen dem Wollen und Müssen einerseits und dem Können anderseits. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn wir deutlich aussprechen, daß sie sich von ihrem Dienstherrn, dem Staat, in mehr als einer Beziehung im Stich gelassen fühlen.

Was zunächst das Recht anbelangt, so haben wir schon mehrfach darum gebeten, entsprechende Gesetze als sichere Grundlagen zu schaffen. Wir haben aber auch die Bitte an die Justizbeamten unseres Landes, vor allem die Richter und Staatsanwälte, diese drei großen Bestrebungen zu unterstützen, wo es ihnen irgend möglich ist. Jeder Verwaltungsbeamte wird heute von der Angst geplagt, seine wohlgemeinten Maßnahmen durch ein Gerichtsurteil aufgehoben zu sehen, das vor allem das Eigentum in einer Weise schützt, die uns oft übertrieben erscheint. Diese Urteile sind doch häufig eine Auslegungs- oder Ermessensfrage; möge man dabei die Tatsache berücksichtigen, daß hier zum Besten des Ganzen gehandelt und kein persönliches Interesse verfolgt wird!

Was dann die Mittel anbelangt, so haben wir auch schon mehrfach das Nötige gesagt, möchten aber doch noch Folgendes hinzufügen: Für denkmalpflegerische Aufgaben wendet Niedersachsen 7 Pf. je Einwohner und Jahr auf und steht damit auf der untersten Stufe aller deutschen Länder, sogar noch unter dem Saarland! Die Spitze nimmt Baden-Württemberg ein mit 86 Pf. je Einwohner, die übrigen Länder liegen dazwischen. 7 Pf. in Niedersachsen gegen 86 Pf. in Baden-Württemberg, das ist doch ein wahrhaft beschämendes Verhältnis!

Noch unbegreiflicher aber wird die Sache, wenn man einen Vergleich mit der Hähnchenmast zieht; Niedersachsen wendet für Hähnchen-Schlachthanlagen, also als Unterstützung privater Geschäfte, mehr als das Dreifache auf als für die Denkmalpflege! Wo bleibt da eine vernünftige und würdige Relation!

Wenn man dann noch bedenkt, daß die schreckliche Verseuchung des D ü m m e r s , die wieder einmal zum Badeverbot hat führen müssen, u. a. auf Abwässer aus Hühnerfarmen zurückzuführen ist, so gewinnt das Ganze einen besonders pikanten Reiz.

Stade

Hannover

**Grundsätzliches zu:
Naturschutz und Landschafts-
pflege, Bodendenkmalpflege,
Baudenkmalpflege**

Ihr Recht

Ihre Mittel

Der Dümmer

Was den Dümmer selbst anbelangt, so verweisen wir auf die vielen Äußerungen, die wir Jahre hindurch immer wieder getan haben. Jetzt sind offenbar besonders tatkräftige und entschlossene Verbündete zu uns gestoßen, die auch bei den Gerichten Hilfe suchen. Hoffentlich werden nun endlich Maßnahmen getroffen, um den Dümmer gesunden zu lassen.

Im übrigen aber müssen wir auf die Gefahr hin, durch Wiederholung langweilig zu werden, noch einmal unsere Forderung betonen, man möge einen Fonds für Landespflege schaffen. Mit der vielfachen Förderung der Forschung sind wir ganz einverstanden, nicht aber damit, daß man daneben die Landespflege völlig vergißt und mehr als stiefmütterlich behandelt. Dabei übersieht man aber auch ganz, daß im Pfliegerischen oft die Grundlage der Forschung liegt, wie wir an der gleich zu erwähnenden Wehlburg und ungezählten weiteren Beispielen beweisen können. Es ist reine Theorie und geht an der Wirklichkeit des Lebens vorbei, wenn man Forschung und Pflege zu trennen versucht; tatsächlich kann man es ebenso wenig wie bei Forschung und Lehre.

Deshalb noch einmal und mit Nachdruck unsere Bitte: Das Land möge sich nicht auf die Förderung der Forschung beschränken, sondern der Landespflege dieselbe Fürsorge angedeihen lassen.

Wir wären dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, wenn er uns seine Meinung zu dem vorgeschlagenen Fonds für Landespflege sagen wollte.

Dann ist ein Problem anzusprechen, mit dem wir uns immer wieder befassen, nämlich dasjenige der Außenwerbung. Zu einem Arbeitskreis für Ordnung in der Außenwerbung haben wir auf diesem Niedersachsentag Werbefachleute, Architekten, Juristen, Baubeamte und viele andere Persönlichkeiten zusammengerufen, um in ausgiebiger Erörterung des Für und Wider zu einer klaren Richtung unserer Bestrebungen zu kommen.

Wir haben selbstverständlich nichts gegen Werbung; sie gehört zum Bild unseres Wirtschaftslebens und ist ein Teil des „Urbanen“, das niemand leugnet. Wenn sie aber im Stadt- und Dorfbild erscheint, womöglich gar in der freien Landschaft, so bedarf sie eines feinen Verantwortungsgefühls für die gemeinsamen Werte; wir bemühen uns, Vorschläge zu erarbeiten, die auch eine überzeugende Grundlage für die Gesetzgebung sein können. Wichtig ist auch die Unterrichtung der Gemeinden darüber, daß ihnen schon die Musterbauordnung in ihrem Paragraphen 112 die Möglichkeit zum Erlaß von Ortssatzungen über die Gestaltung der Außenwerbung gibt. Der Arbeitskreis will Richtlinien für solche Ortssatzungen aufstellen. Helfer ist im übrigen die „Gesellschaft für Ordnung in der Außenwerbung“, der die Landkreise und Gemeinden als Mitglieder beitreten sollten.

Einen besonderen „Schmuck“ haben die Wohnhäuser in Stadt und Land durch die Fernsehantennen auf dem Dach erhalten, die sich in dicht besiedelten Gegenden zu einem wahren Antennen-Wald auswachsen konnten. Niemand wird ein Wort dagegen sagen, daß sich möglichst viele Menschen das Fernsehen in ihre Wohnungen holen, aber es fragt sich, ob dazu wirklich jener Antennen-Wald nötig ist. Es ist ein Kennzeichen der Technik, daß ihre Formen in den Anfangszeiten groß, ungefüge und plump zu sein pflegen, während sie sich allmählich verfeinern, verbessern und vielfach auch verkleinern. Das ist auch für jene Antennen zu wünschen; die Techniker sollten darüber nachdenken, wie sich ein solches Ziel erreichen läßt. Erfreulicherweise gibt es schon einen Arbeitskreis Rundfunkempfangs-Antennen, dem zahlreiche Behörden und Verbände angehören; er hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, Verunstaltungen der Bauten und des Ortsbildes zu vermeiden und Empfehlungen auszuarbeiten, wie man die Vielzahl der Einzel-Antennen mindestens auf Reihen- und Mehrfamilienhäusern durch eine Gemeinschaftsanlage ersetzen kann, die sogar technisch eine wesentliche Verbesserung bedeutet. Wir wünschen dem Arbeitskreis eine ersprißliche Tätigkeit und bitten alle Beteiligten, ihn nach Kräften zu unterstützen.

Was wir vorhin von den Sendern gesagt haben, gilt also auch von den Empfängern: in beiden Fällen wäre eine Zusammenfassung dieser technischen Einrichtungen dringend erwünscht.

**Noch einmal mit Nachdruck
unsere Bitte:
Fonds für Landespflege!**

Außenwerbung

Fernsehantennen

Für drei besondere Bauten möchten wir unsere Freude und unseren Dank zum Ausdruck bringen: Nachdem wir uns im letzten Jahre wieder für den Erweiterungsbau des Staatlichen Museums für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg eingesetzt haben, sind inzwischen die nötigen Mittel von der Landesregierung bewilligt worden. Das war namentlich für unsere Oldenburger Freunde eine wirkliche Erleichterung.

Museum in Oldenburg

Ein anderer wichtiger Bau wurde kurz nach dem letzten Niedersachsntag eingeweiht, nämlich das Historische Museum am Hohen Ufer in Hannover, ein vorbildliches, reichhaltiges und für jedes Lebensalter ungemein lehrreiches Institut, das seitdem schon von vielen Menschen besucht worden ist.

Museum in Hannover

Das im Kriege teilweise zerstörte Lüneburger Museum befindet sich im Wiederaufbau dank der finanziellen Hilfe mehrerer öffentlicher Körperschaften, zu denen das Land Niedersachsen leider nicht gehört. Unsere Lüneburger Freunde haben sich darüber sehr enttäuscht geäußert.

Museum in Lüneburg

Das neue Bauen auf dem Lande beschäftigt uns Jahr für Jahr immer wieder in gleicher Weise. Ein besonderer Ausschuß unter dem Vorsitz des Landesbaupflegers, unseres Beiratsmitgliedes Professor Dr.-Ing. Kulke, hat es sich zur Aufgabe gemacht, alles Denkbare zu tun, um der neuen Ordnung des Dorfes auf baulichem Gebiet zu dienen. Zu diesem Zweck hat er auch eine Wanderausstellung „Bauen im ländlichen Raum“ zusammengestellt, die möglichst in allen Teilen Niedersachsens gezeigt werden sollte, sich aber leider wieder einmal aus finanziellen Gründen nicht hat verwirklichen lassen. Auch hier könnte nur der Fonds für Landespflege helfen.

Das neue Bauen auf dem Lande

Dem gleichen Ziel dient immer wieder der Wettbewerb des Landwirtschaftsministeriums „Unser Dorf soll schöner werden“, den wir für wertvoll und wichtig halten und bei dem wir in mehrfacher Beziehung mitarbeiten.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Bundesbaugesetz, das in seinem Paragraphen 35 die Zulässigkeit von Bauvorhaben in der freien Landschaft regelt und von bestimmten Bedingungen abhängig macht. Wir haben uns schon im vorigen Jahre dafür eingesetzt, diese wohlthätige Vorschrift nicht aufweichen zu lassen und dafür zu sorgen, daß die Bebauung auch im ländlichen Raum geschlossen erfolgt. Nunmehr können wir uns auch auf eine Stellungnahme des Deutschen Rates für Landespflege unter seinem Sprecher, Graf Lennart Bernadotte, berufen, die unseren Standpunkt nachdrücklich unterstützt. Wir freuen uns über diesen Bundesgenossen und erneuern unsere Mahnung an die politischen Kräfte in den Gemeinden, keinem Druck nachzugeben, sondern dafür zu sorgen, daß der Paragraph 35 des Bundesbaugesetzes richtig angewandt wird. Was wir vorher über Wochenendsiedlungen gesagt haben, gilt hier in einem größeren Zusammenhang.

Bundesbaugesetz

Einem historischen Bauwerk bäuerlicher Kultur gilt seit Jahren immer wieder ein wichtiger Punkt unserer Roten Karte, nämlich der Wehlburg im Artland. Alle Bitten an die Landesregierung, die nötigen Mittel bereitzustellen, um diesen einzigartigen Hof zu erhalten, sind leider vergeblich gewesen; wieder einmal zeigt sich bitter das völlige Fehlen eines Fonds für Landespflege. Immerhin haben wir im letzten Jahre verschiedene nützliche Besprechungen mit einer Reihe von Beteiligten führen können, bei denen Einigkeit darüber erzielt wurde, nur die museale Lösung sei zu erstreben. Nunmehr ist von sachverständiger Seite ein umfangreiches Gutachten ausgearbeitet worden, das die Bedeutung der Wehlburg für verschiedene Wissenschaftszweige darlegt, vor allem für Volkskunde, Hausforschung, Architekturgeschichte und mittelalterliche Siedlungsarchäologie. Da also die Erhaltung der Wehlburg ganz unmittelbar der wissenschaftlichen Forschung dient, haben wir nun die Hoffnung, daß sich die nötigen Mittel über die Stiftung Volkswagenwerk beschaffen lassen. Wir hatten die Freude, in unserer letzten Beiratssitzung einen Vortrag des Generalsekretärs der Stiftung zu hören und dadurch eine Reihe wesentlicher Einsichten zu gewinnen. In unserer Zeitschrift „Niedersachsen“ ist der Vortrag abgedruckt worden.

Wehlburg

Fonds für Landespflege!

Ein anderes Problem historischer bäuerlicher Kultur betrifft wieder den Regierungsbezirk Lüneburg, nämlich die **Rundlinge** im hannoverschen Wendland. Wir haben uns schon im vorigen Jahre mit ihnen beschäftigt und die Anregung ausgesprochen, man möge wenigstens einige Rundlings-Dörfer in der alten Form erhalten, damit der nächsten Generation an diesen Beispielen noch gezeigt werden könne, wie die Rundlinge des Wendlandes einmal ausgesehen haben. Inzwischen haben wir erfahren, daß sich der Landkreis Lüchow-Dannenberg tatkräftig dieser Frage angenommen hat; wir begrüßen das sehr und wünschen den Bestrebungen einen guten Erfolg. Er wird vor allem auch davon abhängen, daß sich Dorfgemeinden bereit finden, für die Erhaltung der alten Formen zu sorgen. Wieder einmal ist Geld dazu nötig, und wieder einmal erheben wir den Ruf nach dem Fonds für Landespflege.

Rundlinge

Dann möchten wir noch eine Reihe von Einzelpunkten vorbringen, die sich nicht recht in einen Zusammenhang einordnen lassen.

Fonds für Landespflege!

Der erste betrifft den **Niedersächsischen Verdienstorden**. Auch in diesem Jahre haben wir dem Herrn Ministerpräsidenten dafür zu danken, daß er auf Grund unserer Vorschläge eine Reihe von Männern und Frauen, die sich um die Heimatpflege verdient gemacht haben, mit dem Orden ausgezeichnet hat. Wir danken auch besonders dafür, daß fast allen unseren Vorschlägen gefolgt worden ist; Heimatpflege ist eben doch wohl grundsätzlich ein uneigennütziger Verdienst um das Land. Die Ausarbeitung und Verfolgung dieser Vorschläge macht uns viel Arbeit; sie kostet mancherlei Überlegung, Erkundigungen, Beratungen und Verhandlungen. Um so mehr bekümmert es uns dann, wenn die Aushändigung des Ordens erfolgt, ohne daß wir benachrichtigt werden. An diesen kleinen Feiern würden wir gern teilnehmen, um den Ausgezeichneten unsere Freundschaft und Verbundenheit zu bekunden, um gleichzeitig aber auch den Wert der Heimatpflege und den Wert des Ordens in jenen Lebenskreisen zu betonen. Wir wären deshab sehr dankbar dafür, wenn die Staatskanzlei dem betreffenden Beamten, der die Aushändigung vornimmt, nahelegen wollte, uns dazu einzuladen.

Der Niedersächsische Verdienstorden

Daß der **plattdeutschen Sprache** Jahr für Jahr unsere ganze Aufmerksamkeit gehört, brauchen wir wohl nicht noch einmal hervorzuheben. Es war uns wieder ein schönes Erlebnis, gestern plattdeutschen Gottesdiensten beiwohnen zu dürfen, ebenso wie vor 11 Jahren.

Die plattdeutsche Sprache

Es liegt in der Natur der Sache, daß weite Kreise der Bevölkerung von der plattdeutschen Sprache mehr gepackt werden, wenn sie gesprochen wird, als wenn sie gedruckt vorliegt. Das gesprochene Wort geht leicht ein, in das gedruckte muß man sich erst einlesen, zumal nur wenige Schriftsteller dieselbe Rechtschreibung anwenden. Deshalb sind wir dem **Norddeutschen Rundfunk** und **Radio Bremen** so dankbar für ihre niederdeutschen Sendungen, die regelmäßig ausgestrahlt werden, ein erfreuliches Niveau besitzen und starke Beachtung finden, wie wir immer wieder beobachten können. Es stimmt einfach nicht, daß die plattdeutsche Sprache ausstirbt; in weiten Räumen unseres Landes und der benachbarten Länder, in vielen Berufen und Menschengruppen ist sie unverändert die Umgangssprache. Man sollte das unbedingt einmal zahlenmäßig durch statistische Erhebung feststellen, wie es in Hamburg und Schleswig-Holstein, Bremen und Teilen von Oldenburg geschehen ist. Sehr wichtig ist verständnisvolle Haltung der Lehrer gegenüber denjenigen Kindern, die mit plattdeutscher Muttersprache in die Schule kommen. Selbstverständlich haben die Lehrer die Pflicht, sie die hochdeutsche Sprache zu lehren, aber sie dürfen damit nicht eine Herabsetzung des Plattdeutschen verbinden, wie es leider in manchen Fällen immer noch geschieht. Die plattdeutsche Sprache ist ein Wert, den wir pflegen müssen, aber ganz gewiß nicht gedankenlos aufgeben wollen.

Rundfunk

Erfreulicherweise hat das Kultusministerium in diesem Jahre wieder einen Kursus in **Dreibergen** für Lehrer veranstaltet, der die plattdeutsche Sprache zum Gegenstand hatte. Das ist eine wertvolle Tat.

Läßt sich bei der plattdeutschen Sprache die Forderung, daß sie gepflegt werden muß, leicht begründen, so fällt es beim **Brauchtum** schwerer. Wir haben uns damit im letzten

Brauchtum

Jahre mehrfach befaßt, Vorträge unserer sachverständigen Mitarbeiter gehört und in unserer Zeitschrift „Niedersachsen“ dazu Stellung genommen. Einem großen Teil des überlieferten Brauchtums ist dadurch der Boden entzogen worden, daß sich die kleinräumigen Verkehrsgemeinschaften mehr und mehr auflösen. So kommt es, daß Bräuche einerseits aufgegeben, andererseits zum Gegenstand einer schauspielhaften Vorführung gemacht werden.

Keine menschliche Gemeinschaft kommt aber ohne Brauchtum aus, sie übernimmt es von den Vätern, wandelt es ständig nach veränderten Anschauungen und Gewohnheiten und gibt es neu an die Kinder weiter. Deshalb verdient das Brauchtum in alten und neuen Formen ebenso unsere Aufmerksamkeit wie die Geschichte des sich ständig neu entwickelnden menschlichen Verhaltens. Altes Brauchtum ist uns wertvoll als ein Mittel der Erkenntnis von dem Wesen vergangener Geschlechter, aber auch als Möglichkeit, eine geistige Verbindung zu ihnen herzustellen; neues Brauchtum ist uns nicht weniger wichtig als Einblick in das sich wandelnde Wesen unserer Tage. Die Bestandsaufnahme ostdeutscher Volkskultur in Niedersachsen, die eines unserer Beiratsmitglieder mit Erfolg und Tatkraft betreibt, halten wir für ein wertvolles Mittel, den geistigen Reichtum verlorener Gebiete nicht untergehen zu lassen.

Viele unserer Gruppen pflegen Brauchtum, Volkstanz und Trachten in besonderem Maße, wie es vor allem im Harz geschieht. Sicher müssen wir dabei die Gefahr sehen, daß ein Kulturgut zum Werbemittel des Fremdenverkehrs gemacht wird, aber den Wert für eine wohlverstandene Heimatpflege, an der namentlich auch die Jugend ihren lebhaften Anteil nimmt, werden wir doch noch höher veranschlagen dürfen. Es steckt viel selbstloser Idealismus in diesen Bestrebungen, der wieder einmal ideelle und auch materielle Förderung braucht. Die jungen Menschen sind kaum in der Lage, Trachten und Musikinstrumente aus eigenen Mitteln zu bezahlen; das Land sollte helfen, auch hier wieder zeigt sich die Notwendigkeit des schon oft geforderten Fonds für Landespflege.

Wenn vorhin die Bedeutung des Rundfunks für die plattdeutsche Sprache hervorgehoben wurde, so soll ihm und nicht minder den **Zeitung**en unseres Landes aber auch sonst für die vielfache Förderung des Heimatgedankens, die wir immer wieder beobachten können, herzlich gedankt werden. Über Heimatbeilagen der Zeitungen haben wir uns im vorigen und in diesem Jahre mit zahlreichen Journalisten unterhalten und beiderseits wertvolle Erkenntnisse dadurch gewonnen.

Zeitungen

Wir bitten alle Zeitungen unseres Landes noch einmal wieder, uns ihre Heimatbeilagen regelmäßig zu schicken, damit wir sie für die eigene Arbeit auswerten und die besonderen Wünsche, die uns daraus bekannt werden, nach Kräften unterstützen können. Auch für die Zusammenstellung der Roten Mappe sind uns diese Beilagen jedes Jahr immer wieder ein wichtiger und wertvoller Stoff.

Von der **Stiftung Volkswagenwerk** wurde schon im Zusammenhang mit der Wehlburg gesprochen. Ihre Aufgaben liegen in einem größeren Bereich als dem der Niedersächsischen Landesforschung und werden deshalb für uns weniger erreichbar sein als die Forschungsförderung durch Lottomittel. Trotzdem bitten wir auch die Stiftung Volkswagenwerk, die Füße auf dem Boden, gerade auch auf dem niedersächsischen Boden, zu behalten und wichtigen Wünschen der Landesforschung aufgeschlossen zu bleiben!

Stiftung Volkswagenwerk

Aus unseren Jugendlehrgängen, die schon erwähnt wurden, sind in gewisser Weise die **Lehrgänge für kommunale Landespflege** hervorgegangen, die auch im letzten Jahre wieder unter der bewährten Leitung unseres guten Freundes Oberkreisdirektor Janssen, Rotenburg, stattgefunden haben. Hätten wir die Mittel dazu, so würden wir unsere Probleme gern einem noch viel weiteren Kreis von Erwachsenen nahebringen; da wir uns aber bescheiden müssen, sind wir glücklich darüber, es wenigstens im Rahmen eines ausgewählten Kreises von Beamten und Angestellten tun zu können, die innerhalb der Kommunalverwaltungen mit unseren Dingen befaßt werden.

Lehrgänge für kommunale Landespflege

Wenn wir dann wieder einen anderen Oberkreisdirektor ehrenvoll erwähnen dürfen, so möchten wir es in diesem Jahr mit Herrn Dr. Gleitze, Duderstadt, tun, der zu unserer Freude vom Bund der Eichsfelder Vereine mit der Goldenen Plakette für große Verdienste um die Eichsfeldische Heimatbewegung ausgezeichnet worden ist. Wir beglückwünschen ihn herzlich dazu.

**Oberkreisdirektor Dr. Gleitze,
Duderstadt**

Meine Damen und Herren, wenn wir damit die Rote Mappe im wesentlichen abschließen, so wissen wir genau, daß hier im Saal viele gute Freunde sitzen, die jetzt lebhaftere Enttäuschung empfinden. Wir bitten unsere Mitglieder und Mitarbeiter jedes Jahr immer wieder durch Rundschreiben um Beiträge für diese Verlautbarung und bekommen sie auch in großer Zahl; manche von ihnen können wir leider nicht verwenden, weil es sich um gar zu kleine Einzelfälle handelt. Unsere zusammenfassende Jahreskundgebung muß sich ja im wesentlichen auf die grundsätzlichen Probleme beschränken und kann Einzelfälle nur dann bringen, wenn sie besonders bezeichnend sind und allgemeine Erkenntnisse unterstützen. Man möge es uns deshalb verzeihen, wenn viele gut gemeinte Anregungen keine Berücksichtigung finden konnten. Vor allem aber, und das möchten wir noch einmal deutlich hervorheben, ist die Rote Mappe kein Tätigkeits- oder Erfolgsbericht. Das wird offenbar noch vielfach übersehen, denn viele Beiträge, die wir erhalten, umfassen derartige Berichte der einzelnen Gebiete.

Lediglich zwei Ausnahmen möchten wir machen, weil sie uns von allgemeiner Bedeutung zu sein scheinen, nämlich die vorzüglichen Jahresberichte der Ostfriesischen Landschaft und der Oldenburg-Stiftung. Beide beweisen den besonderen Wert einer vielseitigen Heimatpflege, die zahlreiche Arbeitsgebiete umfaßt, sie alle aber miteinander in Verbindung bringt und unter gemeinsamen Gesichtspunkten versteht. Das rege geistige Leben in diesen beiden Bezirken kann wahrhaft als Vorbild dienen; auch in anderen Bezirken gibt es sicher Vergleichbares, aber in den beiden guten zusammenfassenden Berichten aus Ostfriesland und Oldenburg tritt es uns besonders eindrucksvoll entgegen. Wir freuen uns darauf, den Niedersachsentag des nächsten Jahres in Ostfriesland abhalten zu dürfen, und danken der Ostfriesischen Landschaft besonders herzlich für ihre Einladung.

**Jahresberichte der
Ostfriesischen Landschaft und
der Oldenburg-Stiftung**

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns noch einmal an den alten Lüneburger Stadtspruch denken: *Mons – pons – fons*, Berg, Brücke und Quelle. Diese drei geographischen Gegebenheiten haben die Bedeutung der ehrwürdigen Stadt Lüneburg begründet, und im übertragenen Sinne können sie auch uns Richtlinien für unsere Arbeit geben.

Mons – pons – fons

Den hohen Standpunkt auf einem Berge sollten wir immer wieder suchen, um nicht in den Niederungen des Alltags befangen zu bleiben, sondern einen Überblick zu gewinnen vom festen Standort in die Welt hinaus, vom Heute in das Gestern und Morgen.

Im gleichen Sinne auch versuchen wir eine *B r ü c k e* zu schlagen zwischen den Menschen untereinander, von der Heimat in die Welt hinaus, von heute zum Gestern und Morgen.

Eine *Q u e l l e* aber ist uns unser Niedersachsenland und soll es weiterhin bleiben, eine Quelle der Freude und der Erhebung, eine Quelle der Erkenntnis, eine Quelle der Kraft und der immerwährenden Erneuerung.

Wir danken der Stadt Lüneburg noch einmal herzlich dafür, daß sie uns so freundlich aufgenommen hat, und versprechen ihr, sie und ihren Stadtspruch nicht zu vergessen: *Mons – pons – fons*.